

Pläne polarisieren die Bürger

Rems-Murr-Kreis Das Verkehrsministerium hat mit seiner Landestraßenplanung eine Diskussion angefacht. Bei manchen Betroffenen wachsen Ängste vor einer neuen Neckar-Alb-Route. Von Oliver Hillinger

Es sollte eine Priorisierung sein, eine Handreichung, nach welcher Reihenfolge die Gelder für den Landestraßenbau zukünftig vergeben werden. Doch längst hat die Liste, die vergangene Woche von dem Stuttgarter Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) veröffentlicht wurde, in vielen Gemeinden der östlichen Region kontroverse Diskussionen ausgelöst.

150 Menschen protestierten vergangene Woche, als der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann zu Gast in Rudersberg gewesen ist. „Betrachtet man die Neubaumaßnahmen, so erkennt man den Verlauf der alten Planfahde der berühmten Neckar-Alb-Autobahn“, hatte der Vorsitzende der Bürgerinitiative, Bernd Renninger, seinen Unmut in einem offenen Brief an den Landesvater formuliert. Ihm dränge sich der Verdacht auf, „dass die Verkehrsplaner nie wirklich von diesem Ziel abgelassen haben“.

Die Neckar-Alb-Autobahn ist jenes Großprojekt, das vor rund 30 Jahren Furore gemacht hat. Die Straße hätte eine Verbindung zwischen der A 8 am Aichelberg (Kreis Göppingen) und der A 81 bei Mundelsheim (Kreis Ludwigsburg) herstellen sollen. Vor allem in Winterbach, wo eine Autobahnbrücke das Tal hätte queren sollen, gab es entschiedenen Widerstand dagegen. Unter dem Ministerpräsidenten Lothar Späth wurden die Planungen zwar aufgegeben, die Ausweichrouten jedoch gestärkt. Die Südumfahrung von Winnenden gehörte etwa zu den Projekten, die in der Folge gebaut wurden.

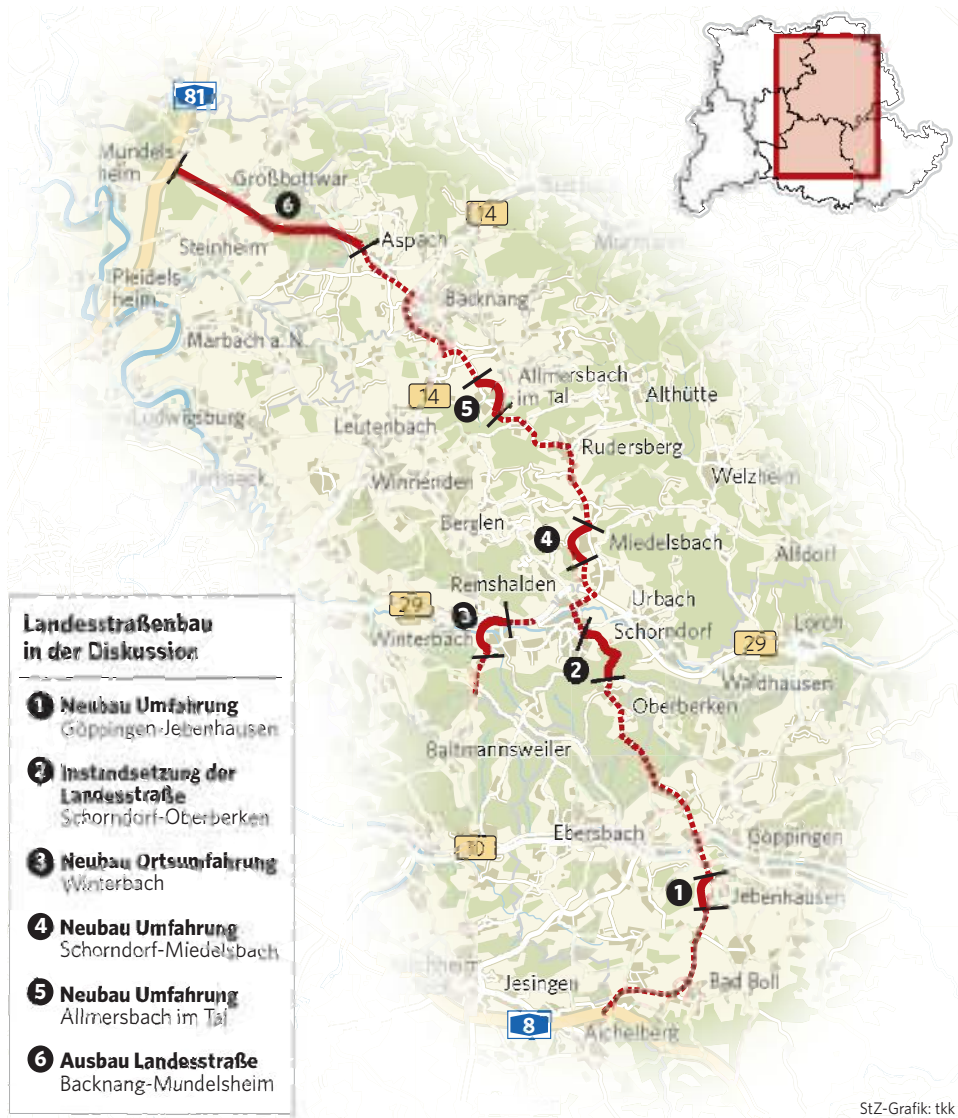
„Die Verkehrsplaner haben nie von diesem Ziel abgelassen.“

Ausbaugesner zur Neckar-Alb-Route

Die aktuelle Priorisierung der Straßenbauprojekte hat unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Während die Schorndorfer Rathausspitze das Ziel einer Umfahrung des Teilortes Miedelsbach begrüßt und der CDU-Landtagsabgeordnete Claus Paal deren Notwendigkeit betont, sind aus Allmersbach und Winterbach andere Töne zu vernehmen. Das Ganze „wundere ihn sehr“, sagt der Allmersbacher Bürgermeister Ralf Wörner. Er sei bei seiner erstmaligen Wahl mit dem Versprechen angetreten, die zunächst anvisierte Trasse für eine Umfahrung zwischen Heutensbach und Allmersbach nicht weiterzuverfolgen. Das sei auch durch einen nachfolgenden Agendaprozess bestätigt worden. Es sei damals allerdings auch vorgeschlagen worden, die Straße westlich an dem Ort vorbeizuführen, und bei dieser Gelegenheit ein Gewerbegebiet anzuschließen, welches bislang nur über die Ortsmitte zugänglich sei, schränkt Wörner ein.

Auch der Winterbacher Bürgermeister Albrecht Ulrich sagt auf Anfrage, die Liste habe ihn „überrascht“, eine Ortsumfahrung sehe er zwiespältig. „Wir hätten dann weniger Belastung in der Ortsmitte, verlagern diese jedoch an den Ortsrand in Naherholungsgebiete“, gibt Ulrich zu bedenken. Eine Straßenführung sei nur westlich des Orts über einen Querdamm möglich,

DIE VORSCHLÄGE ZUM STRASSENBAU ZWISCHEN NECKAR UND ALB



auch Naturschutzgebiete seien betroffen, weshalb er persönlich sehr skeptisch sei. Andererseits könnte dieser Straßendamm zugleich den Schutz vor Hochwasser miterledigen und obendrein Gewerbeplätze am Ostrand des Ortes erschließen, wägt der Schultes ab. Über diese Dinge wolle der Gemeinderat am 24. Juli diskutieren. Die Verwaltung vertrete die Ansicht, für Verbesserungen in der Ortsdurchfahrt anstatt für eine Umfahrung zu plädieren.

Eine knappe Woche später wird erneut in Winterbach über den Straßenbau diskutiert werden. Für den 30. Juli hat die Staatssekretärin Gisela Splett, die für den Landesstraßenbau zuständig ist, ihr Kommen angekündigt. Sie wird mit den Vertretern der Rathäuser sowie Abgesandten der Bürgerinitiativen über die neue Planung sprechen. Das Ministerium bestreitet indes, dass eine direkte Verknüpfung der Landesstraßenprojekte die Priorisierung beeinflusst habe. Auf der Liste stünden Straßen, die bereits über den Generalverkehrsplan von 1995 angemeldet worden seien, sowie einige 2010 nachgereichte Projekte, sagt eine Sprecherin des Ministeriums.

Den Anfang der Erneuerungen soll die Landestraße zwischen Schorndorf und Oberberken machen. Sie werde in den Sommerferien daher komplett gesperrt sein, heißt es aus der Daimlerstadt.



Vergangene Woche haben Bürger in Rudersberg gegen einen Straßenausbau im Wieslaufal demonstriert. Foto: Horst Rudel/Archiv

StZ-Grafik: tkk